Zumindest an den runden Jahrestagen, an denen an das Ende des Zweiten Weltkriegs gedacht wurden, haben in den zurückliegenden Jahrzehnten entweder die Bundeskanzler oder die Bundespräsidenten an die Deutschen gesprochen. Dass Bundestag und Bundesrat zum 8. Mai in diesem Jahr einen Historiker zu einer Ansprache vor den Repräsentanten der Staatsgewalten und vor den Volksvertretern in den Reichstag eingeladen haben, hatte sicherlich etwas mit der aktuellen weltpolitischen Situation zu tun. Und dass gerade Heinrich August Winkler als Gedenkredner eingeladen wurde, war auch alles andere als ein Zufall. Die herrschende Geschichtsschreibung ist eben immer die Geschichtsschreibung der Herrschenden. Von **Wolfgang Lieb**.

Der 8. Mai „als das Ende des Irrweges der deutschen Geschichte“ (Richard von Weizsäcker) war stets ein Gedenken an die Toten und die Opfer des Krieges, an den Holocaust und an die Gewaltherrschaft der Nazis. In einer Zeit allerdings, in der ein kriegerischer Konflikt auf dem europäischen Kontinent stattfindet, in dem die Bundesregierung Partei für die Kiewer Regierung in der Ukraine und gegen Russland ergreift, in der aktuell die Bundeswehr an zwölf Auslandseinsätzen beteiligt ist und in einer Zeitenwende in der vom Bundespräsidenten über die Verteidigungsministerin bis hin zum sozialdemokratischen Außenminister gefordert wird, dass Deutschland wieder „mehr Verantwortung“ in der Welt, notfalls mit militärischen Mitteln übernehmen müsse, wollte sich die Bundeskanzlerin an diesem Gedenktag zum Ende des Krieges nicht exponieren. Der Bundespräsident war mit Erinnerungen an die Befreiung von Konzentrationslagern ausgelastet.

Da schien die Rede eines Historikers offenbar als ein unverfänglicher Ausweg. Die Politik bräuchte sich dessen Ausführungen ja nicht zu eigen zu machen und man konnte im Plenarsaal des Deutschen Bundestages von politischer Verantwortung befreit nachdenklichen Geschichtsbetrachtungen applaudieren. Sollte Kritik aufkommen, so konnte sich diese ja nicht gegen die derzeitige Politik bzw. die politisch Verantwortlichen richten, sondern allenfalls gegen einen renommierten Historiker.

(Eine ähnliche Inszenierung hatte sich ja der Bundestagspräsident am 25. Jahrestag des Mauerfalls mit der Einladung des Liedermachers Wolf Biermann schon einmal einfallen lassen.)

Aber warum hat man gerade den Historiker Heinrich August Winkler eingeladen zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs zu sprechen?

Aus dem Blickwinkel der Regierungsparteien und auch der Bundesratsmehrheit fiel diese Entscheidung sicherlich nicht schwer: Winkler ist geradezu missionarischer „Westler“ und notorischer Kritiker Russlands. Seine inzwischen vierbändige „Geschichte des Westens“ ist,

wie Franziska von Augstein schreibt, ein „normatives Projekt“. Winkler sieht in einem geradezu hegelianischen Geschichtsdeterminismus „westliche Werte“ unaufhaltsam auf dem Vormarsch.

Für die „Atlantiker“ in den Parteien ist dieser Historiker also eine Idealbesetzung und für kritische Sozialdemokraten nicht angreifbar, weil Winkler ja SPD-Mitglied ist.

Der Erwartung der Einladenden wurde Heinrich August Winkler im Bundestag in vollem Umfang gerecht. Er gab den Anhängern der Westbindung und den Scharfmachern gegenüber Russland in der Regierung, in den Parteiführungen von CDU/CSU, von SPD und der Mehrheit der Grünen und vor allem auch den medialen Meinungsführern in der Außenpolitik, die erwünschte historische Fundierung.

Winklers Begeisterung für den Mythos der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von 1776 und für die Ideale der französischen Revolution von 1789 geht so weit, dass er sowohl die deutsche Stimmungslage vor dem Ersten Weltkrieg, den Niedergang der Weimarer Republik, vor allem aber den Aufstieg Hitlers mit den „deutschen Vorbehalten gegenüber der westlichen Demokratie“ erklärt. Der Sieg der Alliierten über Deutschland habe die Deutschen von sich selbst befreit, nämlich „im Sinne der Chance, sich von politischen Verblendungen und von Traditionen zu lösen, die Deutschland von den westlichen Demokratien trennte“.

Winkler spitzt so weit zu, dass er die deutsche Katastrophe der Jahre 1933 bis 1945 als „Höhepunkt der deutschen Auflehnung gegen die politischen Ideen des Westens“ sieht. Konsequenterweise betrachtet Winkler die Öffnung gegenüber „der politischen Kultur des Westens“ als die Voraussetzung für Deutschlands „zweite Chance“ (Fritz Stern). Selbst „seine Einheit erlangte Deutschland 1990 nur wieder, weil es glaubwürdig mit jenen Teilen seiner politischen Tradition gebrochen hatte, die der Entwicklung einer freiheitlichen Demokratie westlicher Prägung entgegenstanden“, meint Winkler.

Glasnost, Perstroika, Gorbatschow, die Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, all das spielt bei Winkler für die deutsche Einheit offenbar nur eine vernachlässigbare Rolle. Auf der anderen Seiten können weder völkerrechtswidrige Kriege, noch systematische Menschenrechtsverletzungen, regierungsamtlich angeordnete Folter, Drohnenangriffe gegen Zivilisten bei Winkler Zweifel wecken, dass nur in der Westbindung, konkret im Atlantischen Bündnis und in der Erweiterung der Europäischen Union auch nach Ostmittel- und Südosteuropa die Zukunft liegen könne.

Spiegelbildlich ergibt sich aus dieser „Geschichte des Westens“, nach der Deutschland

kulturell „immer ein Land des alten Okzidents“ war, dass „der Osten“, die östliche Kultur, der Orient oder das ostkirchliche Europa, also vor allem Russland, der Widerpart, ja die große Gefahr für westliche Werte und damit auch für Deutschland darstellt, unter dessen „vulkanischem Boden“ immer noch die alten „mythischen Vorstellungen Widerstand leisten“ (so Winkler unter Bezugnahme auf Ernst Cassirer). Da mögen die USA und die unterschiedlichsten Koalitionen der „Willigen“, da mag auch Deutschland im ehemaligen Jugoslawien völkerrechtswidrige Kriege mit tausenden von Toten geführt haben, es kann in der Winklerschen Welt hinter den auf den Westen fixierten Scheuklappen eben nur Russland sein, das ohne einen Schuss abzugeben, allein mit der Abstimmung auf der Krim die Gültigkeit der Charta von Paris und damit die „europäische Friedensordnung“ „radikal in Frage gestellt“ hat.

Aufgrund Winklers „Westblick“ ist es nur folgerichtig, dass der Historiker die Bundesregierung über den grünen Klee lobt, nämlich dass Deutschland während des immer noch andauernden Konflikts um die Ukraine alles getan habe, was in ihren Kräften steht, „um den Zusammenhalt der Europäischen Union und des Atlantischen Bündnisses zu sichern“. Für diese aus der Geschichte abgeleitete Westbindung und für sein Plädoyer für eine Verankerung im atlantischen Bündnis als den idealen geschichtlichen Bestimmungsort Deutschlands wurde Heinrich August Winkler schließlich als Gedenkredner eingeladen.

Doch damit nicht genug: Winkler gelingt es, weitere Tabubrüche als Lehre aus d e r „Zentraltatsache der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts“, nämlich dem Holocaust zu rechtfertigen.

Belastete der Satz „Nie wieder Auschwitz. Nie wieder Krieg“ über Jahrzehnte das kollektive deutsche Gewissen, so schafft es Winkler aus den „Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten“ eine „responsibility to protect“ abzuleiten. Was nichts anderes bedeutet als die Unterstützung der von der Bundesregierung neuerdings offensiv vertretenen Linie einer „Übernahme internationaler Verantwortung“ auch unter Einsatz militärischer Mittel.

Winklers Argumentation ähnelt einem Taschenspielertrick:
Es gebe neben dem Vergessen noch eine andere Gefahr im Umgang „mit dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte, nämlich ihre „forcierte Aktualisierung zu politischen Zwecken“. Es bedürfe jedoch nicht der Berufung auf Ausschwitz, „wenn Deutschland sich an Versuchen der Völkergemeinschaft beteiligt, einen drohenden Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern“. So kritisiert Winkler die Instrumentalisierung von Auschwitz für den deutschen Kriegseinsatz im Kosovo durch den damaligen Außenminister Joschka Fischer.

Dann aber kehrt Winkler diesen Satz „Nie wieder Auschwitz. Nie wieder Krieg“ in sein Gegenteil um: „Weder aus dem Holocaust noch aus anderen nationalsozialistischen Verbrechen noch aus dem Zeiten Weltkrieg insgesamt (lasse sich) ein deutsches Recht auf Wegsehen ableiten“ bzw. „ein Beiseitestehen Deutschlands“ begründen, wo es zwingende Gründe gäbe im Sinne einer „Schutzverantwortung“ tätig zu werden.

Der gedankliche Trick mit der Winkler eine „Schutzverantwortung“ (das ist eine beschönigende Beschreibung von Militäreinsätzen) hinter moralischen Worthülsen versteckt, ist bei genauerer Betrachtung ziemlich schlicht: Er suggeriert, als seien „Wegsehen“ und „Beiseitestehen“ d i e (einzigen) Alternativen zum Kriegseinsatz. Er tut so, als ob es keine anderen Möglichkeiten gäbe aus der geschichtlichen Verantwortung eine „Schutzverantwortung“ für die Völkergemeinschaft zu übernehmen – nämlich zum Beispiel indem man (aus den schrecklichen Erfahrungen der Naziherrschaft und der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg) eine konsequente Friedenspolitik betreibt.

Auch in einem weitern wunden Punkt der Vergangenheitsbewältigung leistet Winkler in seiner Rede Schützenhilfe für die aktuelle Regierungspolitik, nämlich dass die deutsche Außenpolitik Deutschland endlich auf dem Weg zur „Normalität“ angekommen sei. Ausdrücklich wird das so nicht gesagt. Aber was soll es anderes heißen, wenn Winkler einerseits sagt, dass sich die Deutschen durch „die Betrachtung ihrer Geschichte nicht lähmen lassen dürfen“. „Jeder Versuch, mit dem Hinweis auf den Nationalsozialismus eine deutsche Sondermoral zu begründen, führt in die Irre“, sagt Winkler. Das kann man doch nur so verstehen, dass die deutsche Politik sich einer „allgemeinen“ Moral anschließen muss, also der „Normalität“ wie sie für Winkler innerhalb des Westens gilt.

Der Applaus der Regierung und der Regierungsparteien war Heinrich August Winkler gewiss und auch die meisten Medien nahmen seine Rede beifällig auf. Wieder einmal ein Beleg für die Karl Marx zugeschriebene Erkenntnis: Die herrschende Geschichtsschreibung ist immer die Geschichtsschreibung der Herrschenden.